

Laibacher Zeitung.

Nr. 230.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 8. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr. bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1883.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. September d. J. den außerordentlichen Professor Dr. Moriz Wlassak zum ordentlichen Professor des römischen Rechts an der k. k. Universität Graz allergnädigst zu ernennen geruht.

Conrad-Eybesfeld m. p.

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt des in der in Wien erscheinenden periodischen Druckschrift „Extrapost“ vom 30. September 1883, Nr. 92, enthaltenen ersten Artikels mit der Aufschrift „Ein Versöhnungs-Parlament“ in der Stelle von „Nuch vor dem Schottenthore“ bis „sich stets als eine verhehlte erwiesen“ das Vergehen nach Art. III des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, RSVl. Nr. 8 des Jahres 1863, resp. § 300 St. G., und der Inhalt der in derselben Zeitschrift enthaltenen Notiz, beginnend mit „Mit welcher Schamlosigkeit“ in der Stelle von „So berichtet uns ein“ bis „des Kronprinzen erfüllt werde“ das Verbrechen nach den §§ 63 und 64 St. G. begünstigt, und hat nach § 493 St. B. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie das „Prager Abendblatt“ meldet, dem Kapuziner-Ordens-Guardian in Opodno zur Tilgung der Schulden, welche behufs Renovierung der Klosterkirche contrahiert wurde, eine Unterstützung von 100 fl. zu bewilligen geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie das „Prager Abendblatt“ mittheilt, der Gemeinde Braunbusch im Bezirke Neugebäude eine Unterstützung von 50 fl. zu spenden geruht.

Zur Lage.

Der „Ech“ feiert in warmen Worten das kaiserliche Namensfest. Insbesondere — so schreibt er — habe die czechische Nation Ursache, dem erhabenen Monarchen dankbar zu sein, da Allerhöchsterseiber dieser Nation den theuersten Schatz, Seinen erlauchten Sohn und dessen edle Gemahlin, anvertraut habe.

Unter dem Titel: „Unsere neuesten Rentiers“ schreibt das „Extrablatt“: „Die Sache ist geeignet, die radicalsten Socialisten versöhnlicher zu stimmen

und die Volkswirtschaftslehre um interessante Daten zu bereichern. Dienstmädchen und Fabrikarbeiter als Besitzer von zinsentragenden Staatspapieren! Ist eine neue, eine bessere Zeit gekommen oder haben sich umwälzende Ereignisse zugetragen, welche große Neuerungen in ihrem Gefolge gehabt? Keines von beiden. Aber einer wunderwirkenden Tugend, der Sparsamkeit, sind die Wege zum Volke gebahnt worden, man hat ihr in Gestalt der Postsparcassen viele hunderte Ehrenpforten errichtet und diese sind von tausenden Personen aller Berufsclassen beachtet und gewürdigt worden. Mit dem Postsparcassbüchel in der Hand wird man nach und nach Rentier. Das ist das ganze Geheimnis. Kurz nach dem Inslebentreten der Postsparcassen im April d. J. zählte man 14 Handelsgehilfen, 16 Fabrikarbeiter, 2 Handarbeiterinnen, 10 landwirtschaftliche Arbeiter, 25 Studenten und 27 Diensthofen, welche Rentenbüchel besaßen. Ende September verfügten aber schon über Renten 73 Handelsgehilfen, 46 Fabrikarbeiter, 10 Handarbeiterinnen, 23 landwirtschaftliche Arbeiter, 132 Studenten und 114 Diensthofen. Wir haben absichtlich nur jene Besitzer von Rentenbücheln erwähnt, deren Einkommen ein geringes ist und denen es nicht leicht angekommen sein mußte, sich jene Summe zu ersparen, welche den Kauf auch nur eines Rententitels erfordert.“

Anlässlich des Inslebentreten der neuen Gewerbe-Ordnung schreibt das „Tiroler Volksblatt“: „Die Gewerbegesetz-Novelle ist wieder ein guter Schritt vorwärts, aber der Gewerbebestand muß alles, was an ihm liegt, thun, damit die guten Bestimmungen der Gewerbegesetz-Novelle nicht ein todter Buchstabe bleiben, sondern übergehen in Fleisch und Blut und gute Früchte und Segen bringen. Die Gewerbetreibenden müssen die Rechte benützen, die das neue Gesetz ihnen einräumt, und die Pflichten erfüllen, die dasselbe in ihrem Interesse ihnen auferlegt.“ — Die „Prager Geschäfts-Zeitung“ bemerkt: „Die mit dem 1. Oktober d. J. durch die Gewerbe-Novelle geänderte Gewerbe-Ordnung hat auf alle geschäftlichen Kreise belebend gewirkt und einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen. Der österreichische Gewerbebestand wird sich successiv wieder erholen und das Gewerbe wieder in geregelter Bahnen gelangen, die frühere unbeschränkte Gewerbefreiheit hat zu viele schädliche Elemente aufgenommen, die selbst auf die Industrie- und Handelskreise verderblich wirkten.“

Aus Budapest wird unterm 4. September berichtet: In der Abendconferenz der Unabhängigkeits-Partei verlas Hefly folgenden Antrag: 1.) Das Vorgehen der Regierung wird entschieden getadelt; 2.) laut des Ausgleichsgesetzes ist auf den Wappenschildern die ungarisch-kroatische Umschrift beizubehalten; 3.) nachdem die Wappenfrage nur der Vorwand zu den kroatischen Unruhen war, ist die Revision des Ausgleichsgesetzes auf constitutionellem Wege dringend nöthig. Der erste Punkt wurde ohne Debatte, der zweite und dritte Punkt nach kurzer Debatte angenommen.

Von den Landtagen.

Am 5. d. M. waren die Landtage von Kärnten und Mähren versammelt. In der erstgenannten Körperschaft bildeten hauptsächlich Communications-Angelegenheiten und Petitionen den Gegenstand der Verhandlung. Die Glan-Regulierungsfrage kommt zunächst auf die Tagesordnung, dagegen kann der Bericht des Ausschusses in Angelegenheit der Drau-Regulierung erst im Laufe dieser Woche in Berathung gezogen werden. — Der mährische Landtag verhandelte über eine Reihe von Maut- und Subventions-Angelegenheiten. Außerdem standen der Rechnungsabschluss des mährischen Volksschullehrer-Pensionsfonds, dann der Rechnungsabschluss der mährischen Hypothekenbank für 1882, sowie der Vorschlag dieser Bank für das Jahr 1884 auf der Tagesordnung. — Im galizischen Landtage soll die Wahlangelegenheit des ruthenischen Abgeordneten Dr. Iskrzycki, dessen Mandat bekanntlich angefochten wird, neuerlich zur Discussion kommen. — Heute Montag nimmt auch der Triestiner Landtag seine Thätigkeit auf.

Bemberg, 4. Oktober. Landmarschall Ryblikiewicz ergreift in der Landtagsitzung das Wort: „Hohes Haus! (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.) Ich glaube den loyalen Gesinnungen und der innigsten Anhänglichkeit des hohen Hauses und des von demselben vertretenen Landes zu entsprechen, indem ich mir die Ermächtigung erbitte, heute, am Namensstage Sr. Majestät des Kaisers, im Namen des Landtages die innigsten und herzlichsten Glückwünsche an den Stufen des Allerhöchsten Thrones niederlegen zu dürfen.“ Der Antrag wird unter lebhaftester Acclamation und begeisterten Hoch-Rufen einstimmig angenommen, worauf der Landmarschall die so-

Feuilleton.

Hart am Rande.

Roman aus dem Thüringischen von F. Müll.

(1. Fortsetzung.)

So wurde in einem halb Duzend Jahren aus dem freundlichen Garten, in dessen Mitte das Wohnhaus lag, eine Wüstenei. Aus der zierlichen Buchsbaumheide war Strauchwerk geworden, und die Rosen mit langen wilden Schößlingen wucherten wild durcheinander, während der Eingang der Geißblattlaube völlig geschlossen war.

Else sah hier oft stundenlang. Sie hatte sich von außen ein Loch durch die Hecke gemacht und sich dadurch Zutritt zu einem sicheren Versteck verschafft.

Else war mit zehn Jahren ein schmachtiges Kind mit krausem, schwarzem Haar und ein Paar Augen so dunkel wie die Nacht. Wenn sie dasaß, die langen Wimpern auf die Wangen herabgesenkt, mochte man sie gar ein hässliches Kind nennen, und erst wenn sie die Augen aufschlug, dann verbreitete es sich wie ein heller Schein über das ganze Gesicht, und man mußte sich über die Veränderung wundern, welche mit demselben vorgegangen war.

Drüben im Dorfe nannte man des Müllers Kind „Schwarz-Else“, um seiner Augen willen. Wer es zuerst so genannt? Die Leute wußten es nicht, aber Else wußte es, und sie wurde noch feuerroth im Gesicht, wenn sie daran dachte, aus weissen Mund der Name „Schwarz-Else“ zuerst gekommen.

Am jenseitigen Abhange des Höhenzuges lag ein altes Schloss, wenigstens hatte es schon hunderte von Jahren stolz von seiner Höhe ins fruchtbare Thal hinabgeschaut. Man wollte seinen Ursprung sogar von

Ludwig dem Springer ableiten. Später war es ein Kloster geworden und erst vor fünfzig Jahren von dem Vater des jetzigen Besitzers neu restauriert, um von dem Zeitpunkte an den Familiensitz einer sehr vornehmen, aber auch sehr hochmüthigen alten Adelsfamilie zu bilden.

Der gegenwärtige Bewohner des reizend gelegenen Schlosses Rotenburg war ein Herr von Eslingen. Seine Gemahlin hatte vor einigen Jahren das Zeitliche gesegnet, ohne dass ihr Abschied aus dem irdischen Jammerthale eine merkliche Lücke zurückgelassen hätte. Die Baronin war eine wenig liebenswürdige, eitle und hochfahrende Dame gewesen, während das alte Fräulein von Eslingen, die dem einzigen Sohne die Mutter ersetzen sollte, obgleich er einer solchen nicht mehr bedurfte, ein Muster weiblicher Vollkommenheit war, die auch für minder Hochgeborene ein warmes Herz und einen offenen Blick hatte.

Kurt von Eslingen, der einstige Erbe des Schlosses und beträchtlicher Reichthümer, war zwanzig Jahre alt, als er zum erstenmale in stattlicher Husaren-Uniform die besondere Aufmerksamkeit der lieben Dorfjugend auf sich zog. Er war ein schöner Mann, und der dunkle Schnurrbart ließ seine Jugend etwas mehr in den Hintergrund treten, was ihm viel Freude machte. Im Dorfe hatten sie ihn nicht einmal wiedererkannt — ein Umstand, auf den er sich nicht wenig zugute that.

An einem Sonnabend Mittag, als die Jugend eben den Fesseln der Schule entflohen, kam der hübsche Husarenlieutenant seines Weges gegangen und sah sich alsbald von einer ganzen Schar neugieriger Jungen und Mädchen umgeben, die ihm mit großer Unverschämtheit den Weg vertraten. Es kostete ihn einige Mühe, sich hindurch zu winden. Indem er den Fußweg betrat, sah er ein kleines Mädchen allein des

Weges schreiten. Das Kind fiel ihm auf, zunächst, weil es sich von der übrigen Gesellschaft abge sondert hielt, dann aber auch, weil es so leichtfüßig und zierlich dahinschritt, dass er glaubte, nie etwas Anmuthigeres gesehen zu haben.

Er gieng denselben Weg, den das Kind nahm, und bald hatte er es erreicht. Else schritt ruhig weiter, ohne nur den Blick zu erheben, und so sah Kurt nur ein schmales Gesichtchen unter dem großen Hute hervorlugen. Bieulich enttäuscht wollte er vorüberschreiten, doch die ganze Erscheinung des Kindes war eine so überaus graziöse und fremdartige, dass er der Versuchung nicht widerstand, es anzureden. Nun hob Else die langen Wimpern langsam empor und sah den Husarenlieutenant an; nicht mit der frechen Unverschämtheit ihrer Kameradinnen, sondern mit dem wunderbaren, fragenden Ausdruck der unschuldigsten Kinderaugen.

Kurt war überrascht.

„Wie heißt du?“ fragte er, ohne eigentlich zu wissen, was er gefragt hatte.

„Else!“ lautete die schüchterne Antwort, und gleichzeitig stieg ein leiser Hauch von Röthe in ihre schmalen, blassen Wangen.

„Else? Sie hätten dich „Schwarz-Else“ nennen sollen, um deiner prächtigen Augen willen!“

Ihre Wangen färbten sich noch dunkler, indem sie ihre Schritte verdoppelte. Er hatte es versucht, ein weiteres Gespräch mit ihr anzuknüpfen, aber sie zeigte sich wenig redselig, und so ließ er sie ihres Weges gehen. Sie war ihm noch ein paar mal begegnet, aber als er das nächste Jahr wieder nach dem Schlosse kam, hatte er Else vergessen, denn ein lustiger Husarenlieutenant hat an andere Dinge zu denken, als an ein kleines zehnjähriges Mädchen.

(Fortsetzung folgt.)

fortige Entsendung der Glückwunschdepesche anordnet. Es folgt die Motivierung und die Verweisung der in der vorgestrigen Sitzung eingebrachten Anträge an die betreffenden Ausschüsse. — Der Antrag Max' über die Verlegung der Handelskammer von Brody nach Tarnopol und der Antrag Henzels über die Amendierung einiger Paragraphen der Gemeinde-Wahlordnung werden an den Verwaltungsausschuß, der Antrag Merunowicz' über die Einrichtung einer Strafscolonie an den juristischen Ausschuss geleitet. Zwei Gemeinden wurden höhere Umlagen bewilligt. Nach vollzogener Wahl des Steueraussschusses folgt die Prüfung der Wahlen. Der Landesausschuß beantragt durch seinen Berichterstatter Pietrussi, die Wahl Onyszkiewicz im Landgemeinden-Wahlbezirke Rohatyn-Burzytn als gültig anzuerkennen, indem derselbe von 184 gültigen Stimmen 93 erhielt, während auf den ruthenischen Gegencandidaten Professor Ogonowski nur 91 Stimmen entfielen. Pater Sieczynski sucht zu beweisen, daß der Bericht des Landesausschusses Ungenauigkeiten enthält und daß nur 170 gültige Stimmen abgegeben wurden. Davon erhielt Onyszkiewicz nur 87, Ogonowski dagegen 90. Redner beantragt die Annullierung der Wahl Onyszkiewicz' und die Berufung Ogonowski's als des mit Majorität gewählten Abgeordneten. Zawadzki beweist aus den Wahllisten, daß die Ausführungen Sieczynski's unbegründet sind und daß Onyszkiewicz selbst nach Anerkennung einiger Stimmen von zweifelhafter Gültigkeit als gewählt erscheint.

Antoniewicz beginnt mit politischen Ausführungen, welche, als zum Gegenstande nicht gehörend, vom Landmarschall unterbrochen werden. Auf die Rolle der Bezirkshauptleute während der Wahlen übergehend, äußert sich Redner in beleidigender Weise über einen der dem Landtage angehörenden Bezirkshauptleute, wofür ihm der Landmarschall den Ordnungsruf erteilt. Ruthene Pater Kowalski erklärt, das leidenschaftliche Auftreten Antoniewicz' veranlasse ihn, entgegen seiner anfänglichen Absicht, für die Agnoscerung der Wahl Onyszkiewicz' zu stimmen. Redner erklärt, er kenne gut das ruthenische Landvolk, welches die Polen als Brüder betrachtet und in brüderlicher Eintracht mit den Polen leben will. Alle Entstellungen und Fehereien vermögen nicht, diese Auffassung zu erschüttern. (Stürmischer Beifall.) Leninski beantragt die Vertagung der Wahlprüfung und die Anordnung weiterer Erhebungen. Nachdem Berichterstatter Pietrussi in überzeugender Weise die Gültigkeit der Wahl Onyszkiewicz' nachgewiesen hat, wird diese Wahl mit allen gegen sieben Stimmen für gültig erklärt.

Folgende Anträge gelangen zur Verlesung: ein Antrag Starowiejski's über die Regelung des Rechtes zum Bezuge des Schotter's aus den Flüssen; ein Antrag Chamiec' über die Einrichtung von Anstalten für arbeitscheue Individuen, welche durch fortwährende Abschiebungen dem Lande Kosten verursachen; ein Antrag Jedrzejowicz' über die Einrichtung eines Musterbrauhauses in der agronomischen Landesanstalt Dublan; der Antrag Skalski's über eine legislatorische Verfügung, daß die durch Theilung land-

tlicher Landgüter entstandenen Parzellen unter einem zu bestimmenden Steuerminimum keine Birikstimm bei dem Landtage und den Bezirkswahlen begründen.

Vom Ausland.

Die Berliner ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ schreibt: „Nach Meldungen, deren Richtigkeit allseitig bestätigt wird, ist die Ausführung des kirchenpolitischen Gesetzes vom 11. Juli in Ansehung der Anstellung von Hilfsgeistlichen als gesichert anzusehen. Der heilige Stuhl hat sich darüber schlüssig gemacht, durch Vermittlung des Seniors der preussischen Bischöfe, des Bischofs von Kulm, die durch die Novelle vom 31. Mai 1882 ermöglichten staatsseitigen Dispense für seelsorgerische Verwendung derjenigen katholischen Geistlichen einholen zu lassen, welche sich über eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Vorbildung nicht auszuweisen vermögen. Durch diese Maßregel wird der seelsorgerischen Noth der katholischen Gemeinden in weitem Umfange abgeholfen und die Wohlthat des neuen Gesetzes auf alle Diöcesen des preussischen Staates, einschließlich derjenigen, die der bischöflichen Leitung zur Zeit entbehren, ausgedehnt werden können.“

In Paris dauert die Ministerkrise, welcher die bekannten Straßenscandale zum Ausbruche verholfen haben, fort. Am 4. d. M. hieß es in Paris, der Kriegsminister General Thibaudin werde aus dem Cabinet scheiden, während am 3. d. M. der „National“ bestimmt zu melden wußte, der General weigere sich um seine Entlassung einzukommen, es sei denn, daß der Präsident Grévy dieselbe verlange. Das scheint nun, einer neuesten Depesche zufolge, geschehen zu sein. Das „Journal des Débats“ hält es übrigens bei der herrschenden Zerkahrenheit nicht für unmöglich, daß schließlich General Thibaudin über alle seine Collegen den Sieg davontrage. Diese hätten geglaubt, sich seiner, nachdem er den Dienst, die Prinzen von Orleans aus der Armee zu drängen, geleistet, bald wiederum entledigen zu können; es hätte sich jedoch gezeigt, daß sie ihn nicht bloß nicht vor der Kammer zu decken brauchten, sondern daß, sobald sich ein Zwist zwischen ihnen und ihm ergab, die Majorität sich auf die Seite des Kriegsministers neigte.

Ueber die französischen Verhandlungen mit China wird der „Morning Post“ aus Paris gemeldet: Der Marquis Tseng hatte am 1. d. M. eine Conferenz mit Jules Ferry, die eine Stunde dauerte. Die Antwort der chinesischen Regierung auf die französischen Gegenanschläge steht noch aus, allein der chinesische Gesandte erklärte, an eine Abtretung des Deltas des Rothen Flusses denke China ebenso wenig als an eine Abtretung von Canton. — Am folgenden Tage telegraphierte der Gesandte das Resultat seiner Unterredung mit Jules Ferry nach Peking. — Der „Télégraphe“ behauptet, der französische Gesandte Tricou hätte in Peking eine Entschädigung von 5 Millionen Francs für die Kosten der Expedition nach Tonkin verlangt.

Wie der „Germania“ aus St. Petersburg geschrieben wird, kann die Ernennung des Herrn Butenjew zum russischen Gesandten beim heil. Stuhle nunmehr als Thatsache betrachtet werden. Herr Butenjew, welcher bekanntlich die Friedensverhandlungen zwischen dem Vatican und der russischen Regierung leitete und später den Posten eines Directors des „Departements für fremde Culte“ bekleidete, ist aus Nowgorod, zu dessen Gouverneur er im vorigen Jahre ernannt worden, in St. Petersburg eingetroffen.

Tagesneuigkeiten.

— (Internationale elektrische Ausstellung.) Im Auditionsaale der Ausstellung hat am 4. Oktober nachmittags Herr Oberingenieur Amadeo Gentilli aus Berlin den von ihm erfundenen Redezeichen-Apparat „Glossograph“ demonstriert. Dieses Redezeichen-Instrument setzt die Articulations-Bewegungen der einzelnen Sprachorgane in sichtbare, bleibende Zeichen um. Das Instrument muß — und das ist wohl seine schwache Seite — in den Mund genommen werden; seine Hebel legen sich dabei an die verschiedenen Theile der Zunge und der Lippen, und vor den Nasenöffnungen schweben zarte Flügeln. Beim Sprechen werden diese Hebel und Flügeln bewegt und übertragen ihre Bewegungen theils mechanisch, theils durch Electricität auf Schreibstifte, welche die einzelnen Laute in sechs neben einander laufenden Linien auf einem mit der Hand oder einem Uhrwerke vorwärtsgehobenen Papierstreifen verzeichnen. Die größere oder geringere Abweichung der Schreibhebel von der geraden Linie stellt in festsam gewundenen Curven die Redezeichen dar, zu deren Entzifferung eine längere Uebung erforderlich ist; den Schlüssel zu dieser Lautschrift kennen zu lernen soll weniger schwierig, aber ebenso interessant sein als die Erlernung der Stenographie. Einige Unvollkommenheiten, welche dem Instrumente bei dessen früherem Vorgehen noch anhafteten, sind seither vom Erfinder behoben worden. Es wurde nämlich der Sprechapparat vom Schreibapparate getrennt und letzterer mit einem Uhrwerke versehen, wodurch die Schrift wesentlich an Deutlichkeit gewinnt und man auch in der relativen Dauer der einzelnen Lautzeichen ein wertvolles Erkennungsmittel erhält. Die Transmission der Bewegungen geschieht auf elektrischem Wege, da es nur hiedurch möglich ist, die schwache Kraft der Zunge und der Lippen ohne Störung des Redeflusses und ohne Ermüdung zur Ueberwindung der mit dem Schreiben verbundenen immerhin beträchtlichen Reibung auszunützen.

Das Präsidium und Directionscomité sieht sich infolge vielfacher Anfragen nochmals zur Abgabe der bestimmten Erklärung veranlaßt, daß die Ausstellung am 31. d. M. für den allgemeinen Besuch definitiv geschlossen und am 3. November mit der Abräumung der ausgestellten Objecte begonnen werden wird.

— (Der zweite österreichische Ingenieur- und Architektentag in Wien) eröff-

„Tristan und Isolde“.

Musikdrama in drei Acten von Richard Wagner. Zum erstenmale aufgeführt im k. k. Hofopertheater am 4. Oktober 1883.

Richard Wagner hatte im April 1865 von München aus an den derzeitigen Chefredacteur der kaiserlichen „Wiener Zeitung“ und damaligen Herausgeber des „Votschafter“, Herrn Friedrich Uhl, ein höchst bedeutungsvolles Schreiben gerichtet, in welchem der vereinigten Meister die Schicksale erzählt, von denen alle bisher von ihm geplanten Aufführungen seines Lieblings- und Schmerzenskinds „Tristan und Isolde“ betroffen waren, bis es ihm endlich durch königliche Guld vergönnt war, in München eine Stätte für sein künstlerisches Wirken zu finden. Inmitten der Proben zu „Tristan und Isolde“ schrieb Wagner diesen merkwürdigen Brief (abgedruckt in Nr. 109 des „Votschafter“ vom 21. April 1865), welcher folgendermaßen beginnt:

„Werter Freund!

Noch immer sind Sie der einzige Redacteur einer größeren politischen Zeitung, auf dessen Unterstützung ich rechnen kann, wenn ich in irgend einer Beziehung mich vor der Oeffentlichkeit vertreten zu lassen habe. Es ist für mich ein wahres Glück, daß uns eine ältere Freundschaft verbindet; ich wüßte sonst auch diesmal nicht, zu welchem Mittel ich zu greifen hätte, um, wie ich es sehr wünschen muß, die weithin zerstreuten erstlichen Freunde meiner Kunst davon zu benachrichtigen, daß ihnen wirklich mit Nächstem die Gelegenheit geboten werden soll, eine Aufführung meines „Tristan und Isolde“ zu erleben. Indem ich Sie also herzlich bitte, für die möglichste Verbreitung dieser Notiz zu wirken, erlaube ich zugleich bei dieser Gelegenheit mir die kleine Genugthuung zu geben, Sie auf die eigenthümliche Bedeutung, welche ich der nun wirklich bevorstehenden Aufführung des Werkes beilegen darf, hinzuweisen. Vielleicht liefere ich, wenn ich Ihnen kurz die Geschichte der bisherigen Verhinderungen derselben erzähle, einen nicht unbeachtens-

werten Beitrag zu unserer modernen Kunstgeschichte überhaupt.“

Das Schreiben erzählt hierauf von der Vollenbung der „Tristan“-Partitur und der durch die warme Theilnahme des Großherzogs von Baden angeregten, aber nicht zustande gekommenen Aufführung von „Tristan und Isolde“ in Karlsruhe. Unterbrochen wurden alle „Tristan“-Pläne vorläufig durch die im Jahre 1860 erfolgte Aufführung des „Tannhäuser“ in Paris, welcher Wagner seine ganze Aufmerksamkeit zugewendet hatte. Ein Jahr war Wagner von „Tristan“ gänzlich abgezogen; die von Mißgeschick aller Art begleitete Pariser Aufführung des „Tannhäuser“ ließ Wagner wieder gänzlich zu seinen, die Aufführung des „Tristan“ bezweckenden Plänen zurückkehren.

Wagner wendete sich nach Wien, wo er seinen „Lohengrin“ zum erstenmale hörte. „Sie, lieber Uhl, — so schrieb Richard Wagner weiter — erlebten mit mir die damals stattfindende schöne, für mich erste Aufführung meines „Lohengrin“ und finden begreiflich, daß alles, was ich an diesem herausragenden Mai-Abende erlebte, meinem gestörten Lebenslaufe plötzlich eine neue Richtung geben mußte.“ Wagner hielt damals noch den Gedanken einer Aufführung von „Tristan und Isolde“ in Karlsruhe hauptsächlich aus dem Grunde fest, weil der regierende Großherzog ein warmer Förderer dieser Aufführung war. Leider war das Künstler-Ehepaar Schnorr von Carolsfeld inzwischen von Karlsruhe nach Dresden überfiedelt, einem Rufe des dortigen Hoftheaters Folge leistend. Einerseits dadurch veranlaßt, andererseits noch ganz erfüllt von der herrlichen Wiener Aufführung seines „Lohengrin“, trug sich Wagner für kurze Zeit mit der Idee, „die vortrefflichen Sänger der „kaiserlichen Oper“ in Wien für eine Aufführung von „Tristan und Isolde“ in Karlsruhe zu gewinnen“. Doch bald neigte sich Wagner gänzlich einer Aufführung des „Tristan“ an der Wiener Hofoper selbst zu. Unter Essers vorzüglicher Leitung war es bereits bis zu einer Clavierprobe mit Sängern und Sängerinnen gekommen, die zu Wagners

größter Zufriedenheit ausfiel. Leider verlief alles Weitere im Sande. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir eine Hauptursache der Verzögerung der damals vorbereiteten Aufführung des „Tristan“ in Wien bis zum gänzlichen Aufgeben derselben in der damals ohne allen Zweifel schon aufsteigenden Gehirnkrankung des herrlichen, unglücklichen Sängers Ander erblicken. Diese schmerzliche Krankheit, welcher Ander 1864 erlag, warf entschieden schon in das Jahr 1863 ihre Schatten voraus — Ander war schon damals nicht mehr imstande, die allerdings kolossale Rolle des „Tristan“ auswendig zu erlernen. Kurz — „Tristan und Isolde“ war vorläufig für Wien verloren. Mittlerweile hatte Ludwig II. den Königsthron von Baiern bestiegen. Wagner wurde von dem kunstsinigen Monarchen nach München berufen, und nun begann für den so lange in den Wirrsalen des Lebens von Täuschung zu Täuschung getriebenen Meister endlich eine Zeit erfolgreichsten Wirkens und Strebens. „Tristan und Isolde“ war für die kön. Oper in München in Vorbereitung, der königliche Wille hatte die Mitwirkung des edlen Schnorr'schen Künstlerpaares bei der geplanten Münchner Aufführung zur Folge. Wagner war überglücklich. Inmitten der „Tristan“-Proben, die — vorläufig am Clavier — unter Bülow's Leitung in dem „trauten“ Residenztheater in München stattfanden, richtete Wagner jenes Schreiben an Herrn Uhl. Die Aufführung des „Tristan“ fand einige Wochen später auch wirklich im Münchner Hoftheater in sensationellster Weise statt. „Tristan und Isolde“ (mittlerweile ist das treffliche Künstlerpaar Vogel in den Besitz der beiden Hauptrollen getreten) bildet seither in München eine mit größter Pietät von Mitwirkenden und Zuhörenden gehegte und gepflegte Vorstellung. „Tristan“ gieng außerdem an verschiedenen deutschen Bühnen (Hamburg, Leipzig) über die Bretter. Eine sehr interessante Aufführung des „Tristan“ fand bei Wagners persönlicher Anwesenheit in der Berliner Hofoper am 20sten März 1876 mit Niemann als „Tristan“ statt.

(Schluß folgt.)

terte wieder die bereits beim ersten Ingenieur- und Architektentage behandelte Frage der „Stellung der behördlich autorisierten Civiltechniker“. Nach einer Discussion, an welcher sich zahlreiche Delegierte beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen: „Der zweite österreichische Ingenieur- und Architektentag anerkennt die Nothwendigkeit einer Reform des Institutes der behördlich autorisierten Civiltechniker, namentlich in der Richtung, dass dieselben zur Unterstützung der landesfürstlichen Baubehörden herangezogen und dass im Sinne der diesbezüglich bestehenden Grundzüge für die Einführung der behördlich autorisierten Civiltechniker das Verhältnis derselben zu jenen der landesfürstlichen Bautechniker geregelt und insbesondere jene Abenden genau präcisiert werden, welche nur allein von den öffentlichen und beeideten Organen des genannten Institutes besorgt werden. Bei dieser Regelung ist noch überdies auf die Einführung von behördlich autorisierten Maschinen-Ingenieuren, Berg- und Hütten-Ingenieuren, Forst- und Cultur-Ingenieuren und Chemikern Rücksicht zu nehmen und der Wirkungskreis dieser Organe festzustellen.“ — Der nun folgende Verhandlungsgegenstand betraf einen vom Ingenieur Theodor Ritter von Goldschmidt und Genossen eingebrachten Antrag in Bezug auf die Aufnahme der juristischen, administrativen und volkswirtschaftlichen Fächer in den Lehrplan der technischen Hochschulen. Die zu diesem Antrage von der ständigen Delegation beantragte, von Ingenieur Zelinka amendierte Resolution wurde in folgender Stilisirung angenommen: „Der zweite österreichische Ingenieur- und Architektentag spricht die Ansicht aus, dass an den technischen Hochschulen Oesterreichs die Grundsätze des allgemeinen Rechtes, des Verwaltungsrechtes und der Nationalökonomie obligatorisch gelehrt und ihre Kenntnis bei den Staatsprüfungen durch Einzelprüfungszeugnisse gefordert werden solle.“ Der letzte nun zur Verhandlung gelangte Gegenstand betraf die Stellung der Techniker im Staatsdienste. Zu diesem Gegenstande kam folgender Antrag zur Annahme: „Der zweite österreichische Ingenieur- und Architektentag erachtet die gegenwärtige Organisation des Staatsbaudienstes für veraltet und hält eine Reform derselben für ein unabwiesbares Bedürfnis.“

— (Gedenktafel.) Aus Wien wird unterm 5. d. M. gemeldet: Am Hause in der Leopoldstadt Flossgasse Nr. 7, dem Geburtshause Johann Strauß des Älteren, wurde gestern nachmittags in Gegenwart von etwa 200 geladenen Gästen eine Gedenktafel aus dunklem Marmor feierlich enthüllt, welche in goldenen Lettern folgende Inschrift trägt: „In diesem Hause wurde Johann Strauß Vater, der Kunst- und Zeitgenosse Lanners, am 14ten März 1804 geboren.“ Herr Karl Blasel hielt auf einer vor dem Hause errichteten Tribüne die Festrede.

— (Eisenbahnunglück.) In dem belgischen Orte Spaa lösten sich, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, am 29. September von einem Güterzuge, der sich auf dem dortigen Bahnhofe befand, drei Wagen ab und setzten sich auf der geneigten Ebene nach der Station Theux in Bewegung. Dort rannten sie zwar in ein Ausweichgeleise, stießen aber mit solcher Gewalt auf die abschüssige Barre, dass sie nicht nur diese, sondern auch das Wärterhäuschen, in dem sich der Wärter mit seinen vier Kindern befand, vollständig zertrümmerten. Die fünf Personen wurden sofort getödtet, die Frau des Wärters, die eben im Begriffe war, die Uebergangsbarriere zu schließen, entging dem schrecklichen Schicksale ihrer Familie.

Locales.

Krainischer Landtag.

8. Sitzung.

Laibach, 6. Oktober.

Beginn der Sitzung 11 $\frac{1}{4}$ Uhr. — Vorsitzender: Landeshauptmann-Stellvertreter P. Grasselli; am Regierungstische: Herr Landespräsident Freiherr von Winkler, Bezirkshauptmann Graf Pace.

Schriftführer Concipist Pfeifer verliest das slovenische Protokoll der letzten Sitzung; dasselbe wird verificiert.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Verificationsausschusses über die Wahl der Landtagsabgeordneten aus dem Großgrundbesitze.

Berichterstatter Abg. Kersnik erstattet mündlichen Bericht und theilt mit kurzen Worten mit, dass der Ausschuss die Verificierung der Wahlen sämtlicher zehn Abgeordneten des Großgrundbesitzes beantrage. Der Ausschuss sei nach eingehender Prüfung einer Eingabe des Grafen Lichtenberg und nach genauer Prüfung der inzwischen gesammelten Daten über die Wahlen zur Ueberzeugung gelangt, dass diese gesetzmäßig vollzogen worden; aber auch abgesehen davon, sei es im offenbaren Interesse des Landes gelegen, dass volle Eintracht im Landtage herrsche.

Abg. Baron Apfaltrern unterstützt den Antrag des Verificationsausschusses und betont, dass eine Nichtverificierung eine Beeinträchtigung der durch die Wahl erlangten Rechte nach sich zöge und dass die Abgeordneten aus dem Großgrundbesitze sich nicht weiter

an den Verhandlungen betheiligen würden. Redner lobt die Anbendung des Verichterstatters, dass jetzt die Arbeiten des Landtages einträchtig und gedeihlich vor sich gehen sollen.

Abg. Dr. Bošnjak meint, dass der neue Antrag nicht die Grundlage der Berathung bilden könne, denn ein solcher müsste gedruckt vorliegen und 48 Stunden vorher sich in den Händen der Herren Abgeordneten befinden; auf der Tagesordnung könne nur der bereits vertheilte Bericht stehen, in welchem die Annullierung der Wahlen der Herren Deschmann, v. Schrey und Mauer beantragt werde.

Abg. Sullje befürwortet in warmer Weise die Agnoscerung der Wahlen. Redner betont, dass seine nationale Gesinnung nicht in Zweifel gezogen werden könne, hebt aber auch zugleich hervor, dass er in dieser Angelegenheit so stimmen werde, wie der Antrag des Ausschusses laute, da ja in dem Wahlvorgange keine Verstöße gegen das Recht vorliegen. Außerdem sei es zum Nutzen des Landes erforderlich, dass endlich der Streit im Landtage ein Ende nehme. (Bravo-Rufe.)

Abg. Dr. Jarnik beruft sich auf § 29 der Geschäftsordnung und beharrt bei der Anschauung, dass sich der Bericht hätte 48 Stunden vorher in den Händen der Herren Abgeordneten befinden sollen. Er erklärt die Ausführungen des Abg. Sullje für leere Phrasen. (Beifall auf der Gallerie.)

Der Vorsitzende Grasselli ermahnt das Publicum, sich jeder Beifalls- oder Mißfallsäußerung zu enthalten, sonst werde er sich genöthigt sehen, die Gallerie räumen zu lassen. Den Abg. Dr. Jarnik aber tadelt der Vorsitzende wegen seines Ausfalles gegen den Abg. Sullje.

Abg. Klun beantragt Schluss der Debatte, wogegen die Abgeordneten Dr. Bošnjak und Dr. Jarnik lebhaft protestieren. (Die beiden genannten Herren verlassen den Saal, kehren jedoch wieder in denselben zurück.)

Abg. Svetec wünscht, dass die Geschäftsordnung nicht überschritten werde, und beantragt, es sei darüber, ob über den mündlichen Bericht des Verificationsausschusses verhandelt werden solle, namentlich abzustimmen.

Abg. Baron Apfaltrern hebt hervor, dass es sich um nichts anders handle, als zu verificieren oder nicht zu verificieren. Der Bericht für beides liege vor, und da in dieser Angelegenheit durch Wochen berathen worden sei, so seien die Herren Abgeordneten in der Lage gewesen, sich genau zu informieren, um heute darüber debattieren zu können. Es sei nicht nur parlamentarischer Gebrauch, sondern auch Vorschrift, dass die Wahlen in den ersten Sitzungen zur Verifikation gelangen, und es sei für jeden Abgeordneten eine peinliche Situation, bevor seine Wahl verificiert sei, an den Verhandlungen theilzunehmen.

Der Vorsitzende schreitet zur Vornahme der namentlichen Abstimmung darüber, ob über den mündlichen Bericht zu verhandeln sei.

Es stimmen 24 Abgeordnete mit Ja, 6 mit Nein, 6 Abgeordnete sind abwesend.

Der Herr Landespräsident ergreift das Wort, um dem h. Hause für diesen Beschluss den Dank auszusprechen, und drückt die Hoffnung aus, dass derselbe dem h. Landtage nicht zum Schaden gereichen werde.

Abg. Dr. Bošnjak bemerkt gegenüber den Ausführungen des Abg. Sullje, dass er (Bošnjak) schon zu einer Zeit national gesinnt gewesen sei, wo jener gewiss noch nicht daran gedacht habe, und er und seine Genossen werden immer für die nationale Sache eintreten. Wenn die Wahlen verificiert werden, so sei die Ehre der slovenischen Nation engagiert. Redner kann auch keinen Nutzen für das Land darin finden, wenn diese Wahlen agnosciert werden. Das Volk erwarte die Annullierung der Wahlen im Sinne des ersten Berichtes.

Abg. Dr. Jarnik erklärt, dass ihn niemand von der Gültigkeit der Wahlen überzeugt habe. Früher sei man auf dieser Seite des Hauses allgemein der Ansicht gewesen, dass sie ungültig seien, und heute erkläre man das Gegentheil. Auch sei nichts von der Entschädigung, von der Compensation zu hören. Die andere Seite des Hauses habe noch nie einen solchen Anlass zur Heiterkeit gehabt als heute, denn diese Seite bereite ihr heute einen förmlichen Faschings-Dienstag. Redner sieht in einem solchen Beschlusse eine Blamage (heftiger Widerspruch, Oho-Rufe) und citirt die Geister des Dr. Bleiweis und Jurčič. Redner erklärt sich gegen die Bestätigung der Wahlen im Sinne des ersten Berichtes.

Nachdem Abg. Svetec gegen die Gültigkeit gesprochen, nimmt Abg. Dr. Dolenc das Wort, der sich gleichfalls dagegen erklärt und seine Abstimmung damit motiviert, dass er von den Herren der anderen Seite keine Gerechtigkeit erwarte, ein kleiner „Versuch in dieser Richtung“ sei mißglückt.

Abg. Sullje hebt hervor, dass das Volk es wolle, dass endlich einmal einträchtig gearbeitet werde; dieser Wille des Volkes sei ein unumstößliches Factum gegenüber allen Illusionen und Hallucinationen.

Abg. Baron Apfaltrern betont es, dass er von der Art der Behandlung wichtiger Fragen seitens der Herren auf der andern Seite des hohen Hauses eine andere Ansicht habe, als ein früherer Herr Vorredner (Dr. Jarnik), dass er vor ihnen mehr Achtung habe, als dass er annehmen könnte, dass sie Carnivalspoffen treiben. Im Gegentheile, er sei erfreut darüber, zu sehen, dass auf der andern Seite des hohen Hauses Sinn für Gerechtigkeit vorhanden sei.

Redner geht nun die einzelnen Fälle betreffend die Stimmen und Vollmachten der Herren Globocnik, Graf Lichtenberg und Germ und der alpinen Montan-Gesellschaft durch und weist den correcten Vorgang der Wahlcommission nach; der hohe Landtag halte sich nur innerhalb der Schranken des Gesetzes, wenn er die Wahlen im Sinne des heute vorgetragenen mündlichen Berichtes verificiere, eine Nicht-Bestätigung derselben wäre eine „Missachtung der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte“.

Gegen die letztere Ausführung erhebt Abg. Dr. Polskar Protest, da der Landtag der letzte Richter in Verificationsfragen sei. Höhere Rücksichten, der Wunsch der Regierung, der Wunsch des Kaisers, dass Frieden sei unter den Völkern, bestimmen ihn, sagt Redner, zu seiner Abstimmung, und daher möge in dieser Angelegenheit die Milde walten.

Es ergreift der Herr Landespräsident Freiherr von Winkler das Wort.

Landespräsident Freiherr von Winkler:

„Meine Herren! Der in Verhandlung stehende Gegenstand ist ziemlich eingehend beiderseits erörtert worden, so dass meinerseits die Nothwendigkeit entfällt, in denselben noch näher einzugehen. Ich habe mir nur das Wort erbeten, um den Standpunkt der Regierung zu kennzeichnen, welchen sie in dieser jedenfalls nicht unwichtigen Angelegenheit einnimmt. Ich werde mir erlauben, einiges gegen die Ausführungen einiger der Herren Vorredner vorzubringen, und ich wende mich zunächst an den Herrn Abgeordneten Dr. Bošnjak. Derselbe hat sich, ohne sich irgendwie mit dem Gegenstande zu beschäftigen, ohne die einzelnen Wahlen zu beanstanden, lediglich auf den nationalen Standpunkt gestellt und hat gerabazu erklärt, es sei hier die Ehre des slovenischen Volkes engagiert. Ich glaube, dass sich der Herr Abgeordnete weder auf den slovenischen noch auf den deutschen Standpunkt zu stellen gebraucht, sondern sich lediglich mit den Wahlen zu beschäftigen und nachzuweisen gehabt hätte, worin eigentlich die Rechtsverletzung bestehe, welche die Wahlcommission begangen haben sollte. Dies hat der Herr Abgeordnete aber nicht gethan, und ich glaube, wie immer auch die Entscheidung des h. Hauses ausfallen mag, dass die Ehre des slovenischen Volkes dadurch gar nicht berührt wird, sie bleibt dabei nach wie vor unbeslekt. (Dobro. — Bravo.)

Der Herr Abgeordnete meint übrigens, dass die slovenische Bevölkerung nachgerade die Annullierung einzelner der vorliegenden Wahlen erwarte. Nun, dies dürfte wohl kaum der Fall sein, ich zweifle sehr, dass der slovenischen Nation so viel daran gelegen sei, dass bei einer Landtagsmajorität von 26 gegenüber einer Minorität von 10 Abgeordneten die Wahlen dreier der letzteren nicht verificiert werden und diese drei aus dem Landtage ausscheiden.

Was aber die slovenische Nation vom h. Landtage erwartet, besteht — und dies wurde heute auch von einer anderen Seite schon betont — darin, dass der gesammte Landtag einträchtig und friedlich sich den Interessen des Landes widme, zum Wohle beider Volksstämme — des slovenischen sowohl als des deutschen, — die diese Provinz bewohnen. (Dobro! Bravo!)

Es hat sich auch der Herr Abg. Dr. Jarnik nicht mit den einzelnen Wahlen selbst befasst, sondern er sprach von einer Art Compensation, welche die slovenische oder nationale Partei, respective das slovenische Volk von der Gegenpartei haben müsste. Ich sehe wirklich nicht ein, wie man da von einer Compensation sprechen kann. Es handelt sich nur darum, ob die Wahlen, die beanstandet worden, gesetzlich oder ungesetzlich sind, eine Compensation muss bei der diesfälligen Entscheidung unbedingt ausgeschlossen bleiben. (Dobro! — Bravo!)

Auch fürchtet der Herr Abg. Dr. Jarnik, dass daraus eine großartige Blamage erwachsen soll für seine Partei oder gar für das slovenische Volk, wenn der Landtag die beanstandeten Wahlen agnosciert. Ich glaube aber, dass hier weit eher eine Blamage daraus erwachsen würde, wenn man vielleicht einen Ausspruch thäte, der mit den Bestimmungen des Gesetzes nicht im Einklange stünde. Daraus könnte allerdings ein Nachtheil oder eine Unehre für denjenigen erwachsen, der sich vom gesetzlichen Boden entfernen würde und sich vielleicht von andern Rücksichten als jenen des Rechtes, die hier allein maßgebend sein sollen, leiten ließe. Ich muss die Anschauung vertreten, dass eine Wahlhandlung so lange als gesetzlich und gültig angesehen werden muss, bis das Gegentheil erwiesen ist. Ich muss aufrichtig gestehen, dass ich nach den Auseinandersetzungen, die ich heute gehört habe, in dem Vorgange der Wahlcommission eine Verletzung irgend eines Gesetzes oder eines Rechtes nicht erblicken kann; einen

Act, wodurch hier insbesondere sei es die Landtagswahlordnung oder die Landesordnung verletzt sein sollte, sehe ich nicht, und es muß an dem Principe festgehalten werden, daß bis zur Erbringung des Beweises der Ungiltigkeit die Vermuthung für die Giltigkeit einer Handlung spricht. Ein solcher Beweis ist nicht erbracht worden. Es sind u. a. Zweifel über die Nothwendigkeit der Legalisirung der Unterschrift einer nicht in der Provinz ausgestellten Vollmacht entstanden. Ich glaube, diese Zweifel kann der h. Landtag schwer lösen, das heißt, schwer den Ausdruck thun, daß, wenn die Wahlcommission diese Vollmacht wegen Mangels der Beglaubigung für ungiltig erklärt hat, selbe dennoch giltig sei. Es ist eben in der Landesordnung und in der Landtagswahlordnung diesbezüglich — wie z. B. in der Reichstagswahlordnung — eine Bestimmung nicht enthalten, und man kann daher nicht sagen, daß die Wahlcommission durch ihren Ausspruch ein Gesetz verletzt habe.

Ich muß mir noch erlauben, einiges bezüglich der beanstandeten Abstimmung des Grafen Karl Vichtenberg zu bemerken. Der Herr Abg. Svetec erklärte, daß sich Graf Vichtenberg in betreff seines Wahlrechtes schon vor der Wahl mit einer Eingabe an die Regierung gewendet hat, mit derselben aber abgewiesen worden ist. Es ist jedoch hierbei nicht zu übersehen, daß nicht aus meritorischen Gründen die Eingabe zurückgewiesen worden ist — eine Eingabe beiläufig des nämlichen Inhaltes, wie jene, welche vom Grafen Vichtenberg nachträglich eingebracht wurde und nun dem hohen Landtage vorliegt, — sondern lediglich aus dem Grunde, weil sie erst vor dem Wahltage um 5 Uhr abends dem Landespräsidium überreicht worden ist, in einem Zeitpunkte, wo die Wählerliste schon endgiltig festgestellt war und nicht mehr in dem letzten Augenblicke Correcturen an derselben vorgenommen werden konnten. Hätte das Landespräsidium sich mit dem Meritum der Sache befassen können, so hätte es sich bei der Erledigung dieser Eingabe wahrscheinlich auf denjenigen Standpunkt gestellt, auf welchen sich heute der Herr Abg. Baron Apfaltrern gestellt hat.

Auch ist von Seite des Herrn Abgeordneten Svetec hervorgehoben worden, daß der vor der Wahlcommission erschienene Karl Germ nicht dieselbe Persönlichkeit sei, der das Wahlrecht zustehe, daß nämlich in der Wählerliste zwar Karl Germ steht, daß aber dieser eigentlich der Vormann desjenigen ist, der sich der Wahlcommission vorgestellt hat. Nun, die Wählerliste ist von der Regierung auf Grund der eingelaufenen Berichte der Behörden verfaßt worden. Karl Germ ist in der Wählerliste eingetragen, und es ist in derselben nicht gesagt, ob das der verstorbene oder der noch lebende Karl Germ ist. Der verstorbene Karl Germ ist allerdings grundbücherlicher Eigenthümer und jener Karl Germ, welcher vor der Wahlcommission erschienen, ist in der Landtafel nicht als solcher eingetragen; aber er ist unstreitig der Erbe seines grundbücherlich eingetragenen Vormannes und braucht, um das Wahlrecht ausüben zu können, meiner Ansicht nach eben nicht selbst grundbücherlicher Besitzer des Gutes zu sein; es genügt nach dem Wortlaute der Landtagswahlordnung, daß er „Besitzer“ eines landtäfelichen Gutes sei, und das ist der jetzt lebende Karl Germ auf Grund seines Einantwortungsdecretes. Ich sehe eben darum nicht ein, wie ihn die Wahlcommission hätte zurückweisen können.

Nun, nachdem meiner Ueberzeugung nach bei der Wahl eine Rechtsverletzung nicht stattgefunden hat, so kann ich von Seite der Regierung nur empfehlen, daß die vorliegenden Wahlen verificiert werden. Es wird dies dem Lande gewiß nicht zum Nachtheile, wohl aber zum Vortheile gereichen, es wird hiedurch der guten Sache ein großer Dienst erwiesen werden. Ich ersuche daher, den jetzigen Antrag des Verificationsausschusses anzunehmen.

(Die Rede des Herrn Landespräsidenten wird mit großem Beifalle aufgenommen.)

Abg. Baron Apfaltrern erklärt zu factischer Berichtigung der Ausführungen des Herrn Dr. Poklukar, daß er für seine Person sein Mandat nicht der Milde des Hauses verdanken möchte.

Abg. Dr. Poklukar meint entgegen, die Herren hätten ja erreicht, was sie gewünscht.

Verichterstatler Abg. Kersnik bemerkt, es sei nicht nothwendig gewesen, „zum Fenster hinauszusprechen“, und wenn die Herren Barnik, Bošnjak und Svetec in der Opposition aufgewachsen seien, so sei andererseits eine gewisse Elasticität der Jugend nicht unnothwendig, auch sei es nöthig, den Weg übler Traditionen zu verlassen und einen Weg zu betreten, der zur erspriesslichen Arbeit führe und auf dem zum Nutzen und zum Vortheile der Nation gewirkt werden könne. Es sei Jurčić citiert worden. Er (Redner) sei ein intimer Freund des Verstorbenen gewesen, und mehr als einmal habe Jurčić zu ihm gesagt: So lange wir in der Minorität sind, mögen wir immerhin Opposition leisten, aber vernünftig müssen wir sein, sobald wir in die Majorität gelangen. (Bravo! Dobro!)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Svetec, es seien die Wahlen der Herren Deschmann, v. Schrey und Mauer als ungiltig zu erklären,

wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 6 Stimmen abgelehnt und dann der Antrag des Verificationsausschusses auf Giltigerklärung der Wahlen der 10 Abgeordneten aus dem Großgrundbesitze mit großer Majorität angenommen.

Abg. Dr. R. v. Bleiweis beantragt den Schluss der Sitzung. (Angenommen.) Schluss der Sitzung halb 2 Uhr. Nächste Sitzung 9. Oktober.

— (Verleihung) Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerh. Entschliessung vom 1. Oktober d. J. dem Regierungsrathe August von Fladung in Laibach anlässlich der von ihm erbetenen Uebernahme in den dauernden Ruhestand in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und erspriesslichen Dienstleistung den Titel eines Hofrathes mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

— (Kaiserliche Spende.) Se. k. und k. Apostolische Majestät haben der freiwilligen Feuerwehr in Radmannsdorf eine Unterstützung von achtzig Gulden aus Allerhöchsthren Privatmitteln allergnädigst zu spenden geruht.

— (Ernennung.) Der Minister und Leiter des Justizministeriums hat den bei dem Kreisgerichte in Rudolfswert zugewiesenen Gerichtsadjuncten des Landesgerichtes in Klagenfurt Gustav Stuchez zum Bezirksrichter in Gottschee, dann den Bezirksgerichts-Adjuncten in Laibach Leopold Jüzek zum Bezirksrichter in Mödling und den Gerichtsadjuncten bei dem Kreisgerichte in Rudolfswert Dr. Franz Skofic zum Bezirksrichter in Rastendorf ernannt.

— (Herr Regierungsrath Professor Dr. A. Valenta) ist von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt und hat seine ärztliche Praxis wieder aufgenommen.

— (Der Versuch eines Einbruchdiebstahles beim Steueramte), über den wir in der Nummer vom 4. d. M. berichteten, hat in Egg (und nicht in Stein) stattgefunden.

— (Gemeindevahl.) Bei der Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Brunnndorf, Bezirk Laibach, wurden zum Gemeindevorsteher Johann Snel, Grundbesitzer, zu Gemeinderäthen Jakob Mirt, Grundbesitzer, Franz Birant, Grundbesitzer, und Alois Minatty, Revierförster, alle von Brunnndorf, gewählt.

— (Landchaftliches Theater.) Gestern betrat Herr Director Mondheim zum erstenmale in der Saison die Bühne, und zwar in seiner Forcerolle als „Nachtfalter“ in „Drei paar Schuhe“, und wurde von dem nahezu ausverkauften Hause stürmisch empfangen, auch wurde ihm ein prächtiger Lorbeerkrantz gespendet. Seine Leistung war, wie immer, eine vorzügliche. Ueber diese Vorstellung sowie die samstägige und die heutige berichten wir wegen Raummangel erst morgen ausführlicher.

— (Kalender-Literatur.) Auch heuer behauptet der im Verlage von Moriz Perles in Wien erscheinende, von Friedr. Bez herausgegebene „Illustrierte österreichische Volkskalender“ den ersten Platz in unserer heimischen Kalender-Literatur. (Vierzigster Jahrgang.) Er ist ebenso gehaltvoll als reichhaltig in seinem Inhalte und in tadelloser Ausstattung. Die Zeichnungen besorgt bekanntlich Ernst Juch, der diesmal auch neue Köpfe zu den Kalendermonaten gezeichnet, die zu dem Geistreichsterfundenen in diesem Genre gehören. Große Abwechslung herrscht in der Anordnung des Stoffes, eine Dorfgeschichte von Reinhold Scheffel, der im vorigen Jahrgange so großen Erfolg gehabt, eröffnet das genannte Volksbuch. Adolf Obermüller führt uns in den Böhmerwald. H. Z. Fischer bringt eine drastische Skizze aus Afrika. Neue Rubriken fesseln das Interesse, so der medicinische Artikel über Lungentuberculose, der „Hausgarten“ und der praktische „Landwirt“. Von den Dichtern seien genannt: Baumbach, Bodensiedt, Fitger, Klaus Groth, Pichler, Redwitz, Scherenberg u. s. w. Das Buch zieren diesmal zwei Bilder für Gesang und Piano von Eduard Horn zu Worten von Ada Christen. Der stattliche Band, den eine reichillustrirte Jahresrevue abschließt, kostet cartonniert 65 kr., broschürt 60 kr.

* Alles in dieser Rubrik Angezeigte ist zu beziehen durch die hiesige Buchhandlung Jg. v. Kleinmayr & Fied. Bamberg.

Neueste Post.

Wien 6. Oktober. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heute drei Allerhöchste Handschreiben — an Ihre Excellenzen Grafen Kalnoky, Grafen Taaffe und Herrn v. Tisza, — womit die Delegationen für den 23. Oktober nach Wien einberufen werden.

St. Anton, 7. Oktober. Gestern nachmittags 4 Uhr ist der Ministerpräsident Graf Taaffe in Begleitung des Statthalters Freiherrn v. Widmann und des Landeshauptmannes R. v. Rapp in St. Anton angekommen und unter Pöllererschüssen von sämtlichen Beamten der Banleitung und der Bauunternehmung des Arlberg-Tunnels feierlichst empfangen worden. Nach

stattgehabter Vorstellung und eingehender Besichtigung der Installation, insbesondere der großen Luftpumpmaschinen, fand sodann bei prachtvoller Fackelbeleuchtung die Einfahrt in den Tunnel unter Führung der Banleitung statt. Erst nach längerem Aufenthalte wurde die Rückfahrt aus diesem hochinteressanten Bau-Objecte angetreten.

Budapest, 6. Oktober. Die Mörder Mailáth, Sponga, Vitély und Berecz, wurden vom Budapester Gerichtshof zum Tode verurtheilt. Sämtliche Verurtheilten meldeten die Berufung an.

Paris 5. Oktober. Die „France“ veröffentlicht das folgende Schreiben des Generals Thibaudin an den Präsidenten der Republik: „Trotz des berechneten Unvermögens, den Vertretern des Landes meine Aete zur Beurtheilung zu unterbreiten, in welches mich meine politischen Feinde während der Abwesenheit des Parlamentes versetzen wollten, zögere ich nicht, Ihnen meine Demission anzubieten, mit derselben Ergebniss für Ihre Person und die Republik, welche mich am jenem Tage erfüllte, an welchem ich es als meine Pflicht betrachtet habe, dem an meinen Patriotismus ergangenen Rufe Folge leistend, das Kriegsportefeuille zu übernehmen.“ — Die Demission wurde angenommen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 6. Oktober. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 15 Wagen mit Getreide, 6 Wagen mit Heu und Stroh, 18 Wagen und 1 Schiff mit Holz (8 Cubikmeter). Durchschnitts-Preise.

	Witt.	Witt.		Witt.	Witt.
	fl. fr.	fl. fr.		fl. fr.	fl. fr.
Weizen pr. Fektolit.	8 12	8 87	Butter pr. Kilo	—	85
Korn	5 20	6 —	Eier pr. Stück	—	2 1/2
Gerste	4 23	5 —	Milch pr. Liter	—	8
Faser	2 76	3 15	Rindfleisch pr. Kilo	—	60
Halbfrucht	—	6 75	Kalbsteisch	—	62
Heiden	4 87	6 —	Schweinefleisch	—	60
Hirse	5 4	5 40	Schöpfensfleisch	—	32
Kukuruz	5 60	5 55	Hähnchen pr. Stück	—	40
Erbsen 100 Kilo	2 68	—	Tauben	—	17
Binsen pr. Fektolit.	8 50	—	Heu 100 Kilo	—	1 96
Erbsen	8 50	—	Stroh	—	1 78
Fisolen	10 —	—	Holz, hartes, pr.	—	—
Rindschmalz Kilo	96	—	Klafter	—	6 60
Schweineschmalz	88	—	weiches	—	4 40
Speck, frisch	70	—	Wein, roth, 100 Lit.	—	24
— geräuchert	72	—	— weißer	—	20

Theater.

Heute (ungerader Tag): Der lustige Krieg. Operette in 3 Acten von F. Zell und R. Genée. — Musik von Joh. Strauß.

Lottoziehungen vom 6. Oktober:

Wien: 63 54 57 80 81.

Graz: 6 14 74 20 54.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Datum	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
6. 10.	7 U. Mg.	729,82	+ 4,6	windstill	Nebel	0,00
	2 „ „	730,39	+ 12,4	windstill	halbheiter	
	9 „ Ab.	734,89	+ 6,8	D. schwach	heiter	
7. 10.	7 U. Mg.	740,50	+ 6,3	NB. schwach	bewölkt	0,00
	2 „ „	742,84	+ 10,5	NB. schwach	bewölkt	
	9 „ Ab.	745,93	+ 6,6	NB. schwach	heiter	

Den 6. morgens Nebel, dann ziemlich heiter, nach 5 Uhr schwarzes Gewölke aus SW. vorüberziehend, sternenhelle Nacht. Den 7. tagsüber wechselnde Bewölkung, abends heiter; rasches Steigen des Barometers. Das Tagesmittel der Wärme an beiden Tagen + 7,9° und + 7,8°, beziehungsweise um 5,0° und 5,1° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise der Theilnahme anlässlich des schweren Verlustes, den wir durch den Tod unserer vielgeliebten Mutter, Groß-, Urgroß- und Schwiegermutter, der hochwohlgeborenen Frau

Anna Driquet Edle v. Ehrenbruck,

Oberstlieutenants-Witwe,

erlitten haben, für die schönen Kranzspenden zur Leichenfeier derselben, für das zahlreiche Geleite zu ihrer letzten Ruhestätte und für den Grabgesang fühlen wir uns verpflichtet, auf diesem Wege von ganzem Herzen unseren innigsten Dank auszusprechen.

Laibach am 8. Oktober 1883.

Die trauernden Angehörigen.



Depôt der k. k. Generalstabs-Karten.

Maßstab 1:75.000. Preis per Blatt 50 kr., in Taschenformat auf Leinwand gespannt 80 kr.

Jg. v. Kleinmayr & Fied. Bamberg's Buchhandlung in Laibach.

Montag, den 8. Oktober 1883.

Graz am 3. Oktober 1883.